

9. Nur-ein-Flughafen-Initiative

Antrag des Regierungsrates vom 3. November 2022 zur Einzelinitiative KR-Nr. 87/2020 und gleichlautender Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 27. November 2022

Vorlage 5774

Alex Gantner (FDP, Maur), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Namens der einstimmigen Kommission beantrage ich Ihnen, wie auch der Regierungsrat, die von ihm gültig erklärte Einzelinitiative «Schutz von Mensch und Umwelt vor Mehrbelastung durch Verkehr von Düsenflugzeugen», die sogenannte «Nur-ein-Flughafen-Initiative» abzulehnen. Das Begehren, eingereicht als ausgearbeiteter Entwurf, will die Verfassung des Kantons Zürich wie folgt ergänzen: «Artikel 102 Absatz 4 neu: Kanton und Gemeinden wirken darauf hin, dass im Kantonsgebiet nur ein Flughafen für den gewerbsmässigen Verkehr von Düsenflugzeugen betrieben wird.»

Die Kommission hat die Vorlage an insgesamt vier Sitzungen beraten. Der Initiator, Herr Peter Wolfgang von Matt, hat im Rahmen eines Hearings eine mündliche Stellungnahme in der Kommission abgeben können. Die Einzelinitiative verlangt im Umweltschutzartikel unserer Verfassung mit einem Absatz 4 eine Ergänzung. Der Regierungsrat stellt in seinem Bericht fest, dass es derzeit im Kanton Zürich neben dem Flughafen Zürich keine Luftfahrtinfrastruktur gibt, die den in der Einzelinitiative erwähnten drei kumulierten Kriterien entspricht. Deshalb zielt der Vorstoss auf die Verhinderung von entsprechenden neuen Anlagen, spricht auf die aviatische Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Flugplatz Dübendorf. Das wird bekanntlich heute in einer Woche hier im Kantonsrat im Zusammenhang mit den vier Vorlagen zum Innovationspark Zürich (*Vorlagen 5768, 5819a, 5820a, 5821a*) debattiert und beschlossen werden, von daher ist es heute ein kurzes Warmlaufen. Der Regierungsrat verweist auf die Hoheit des Bundes bei der Luftfahrt, Stichworte dazu sind das Luftfahrtgesetz, die Verordnung über die Infrastruktur und Luftfahrt, und in der Raumplanung der Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur, kurz SIL (*Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt*). Ebenfalls wurde viel über die in der Einzelinitiative verwendeten Begriffe «gewerbsmässig», «Düsenflugzeuge» und das in der Verfassung unübliche «Hinwirken» diskutiert. Es sollen die Mitwirkungsrechte des Kantons und der Gemeinden in der Verfassung festgehalten werden. Diese werden bekanntlich schon ausgiebig wahrgenommen. In der Kommission diskutiert wurde ebenfalls die mit der Einzelinitiative zusammenhängenden Forderungen betreffend Schutz von Mensch, Umwelt und Klima vor vermehrter Belastung durch Lärm und Schadstoffe. Dies sind alles Themen, die mannigfach bereits thematisiert sind. Die Kommission ist zum Schluss gekommen, dass die Einzelinitiative der falsche Weg darstelle, politische Ziele in der Aviatik und deren Entwicklung zu erreichen; dies immer angesichts der Kompetenzen in der Luftfahrt. Besten Dank.

Florian Meier (Grüne, Winterthur): Der Flugverkehr im Kanton Zürich und überall ist klimaschädlich und verursacht viel Fluglärm. Ungefähr 110'000 Personen im Kanton Zürich, also so viele wie in Winterthur leben, sind von lautem Fluglärm betroffen, dies vor allem in Gebieten um den Flughafen Zürich. Etwas ruhiger ist es in der Region um den Flugplatz Dübendorf, und es sieht so aus, als könnte es dort auch weiterhin so ruhig bleiben. Zumindest im Moment sieht es so aus. Aber erinnern wir uns doch an den Beginn dieser Legislatur zurück. Noch gar nicht lange ist es her, dass die Regierung den Flugplatz Dübendorf in ein ziviles Flugfeld für die Geschäftsfliegerei umnutzen wollte und die Änderung des Richtplans beim Kanton beantragte. Beim Bund war die Idee lange in Stein gemeisselt und nicht verhandelbar. Doch dann hat der Bund einen Rückzieher gemacht. Denn die Geschäftsfliegerei würde in Dübendorf zu mehr Überflügen und allgemein zu viel mehr zusätzlichem Fluglärm führen. Daher wäre eine Konzession notwendig, mit der die Betreiberfirma quasi das Enteignungsrecht bekäme. Der Bund hat die Idee vorerst auf Eis gelegt. Aber wer sagt uns, dass ein zweiter Flughafen in Zukunft nicht doch irgendwann wieder zum Thema wird?

Wir Grünen wollen keinen zweiten Flughafen, im Prinzip ist uns der eine schon ein bisschen zu viel. Aus diesem Grund wird die Grüne Fraktion der Einzelinitiative zustimmen.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Nach dem Votum von Florian Meier fühle ich mich doch genötigt, mich kurz hier zu melden. Die SP hatte die Einzelinitiative von Herrn von Matt auch unterstützt, aber unter komplett anderen Voraussetzungen. Wir haben sie auch unterstützt, weil während Corona (*Covid-19-Pandemie*) die Unterschriftensammlung (*für eine entsprechende Volksinitiative*) sehr schwierig war, es war ein wichtiges Thema für uns. Und inzwischen ist der Innovationspark auf ganz anderen Wegen – Danke, Alex Gantner, für deine Einführung –, wir werden das nächste Woche besprechen.

Ich nehme es ganz kurz vorweg, die SP wird sich zum Innovationspark mit Piste stellen und darum werden wir heute diese Einzelinitiative ablehnen, wie wir es in der Kommission auch gemacht haben. Der Innovationspark wird auch Aviatik-Forschung machen und da kann auch einmal eine innovative Düsenmaschine getestet werden. Darum kann das Wort «Düsenflugzeuge» als Verbot nicht in die Verfassung kommen. Der Flugplatz Dübendorf wird aber ein Flugplatz bleiben und kein Flughafen werden. Dafür werden wir uns gemeinsam mit den Grünen weiterhin einsetzen, aber heute diese Einzelinitiative ablehnen. Herzlichen Dank.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Ich bin ein wenig konsterniert, denn diese Einzelinitiative wurde im Rahmen der KEVU eingehend besprochen. Wir haben den Einzelinitianten eingeladen. Ich erinnere daran, dass die Initiative inhaltlich problematisch ist, weil sie viele Begriffe unkorrekt und unzutreffend beschreibt. Und nicht zuletzt ist diese Einzelinitiative ja eingereicht worden, weil der Initiant zu wenig Unterschriften auf den Strassen gefunden hat. Und nach der Anhörung in der Kommission hat die Kommission einstimmig, inklusive der Grünen, die Nichtunterstützung der Initiative beschlossen. Und jetzt, heute kommt Florian

Meier wieder und nutzt die Plattform für ein generelles Aviatik-Bashing. Es ist wirklich grüner Populismus pur, was hier betrieben wird. Bleiben Sie doch mal sachlich und bringen Sie das dort vor, wo man es wirklich vorbringen kann, aber diese Einzelinitiative ist es jetzt wirklich die falsche Plattform. Und ich will das jetzt hier nicht eröffnen, Sie werden auch in der Budgetdebatte im Rahmen von KEF-Anträgen (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) wieder ein Flughafen-Bashing betreiben. Aber wir bleiben dabei und lehnen diese Einzelinitiative ab. Ich danke Ihnen.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Für die FDP ist es klar, dass sich der Fokus dieser Einzelinitiative ganz grundsätzlich gegen jeglichen Flugbetrieb am Standort Dübendorf richtet; dies auch, wenn nur von einem kommerziellen Flugbetrieb mit Düsenflugzeugen die Rede war, denn die verheissungsvolle Bezeichnung der EI lautet ja «Nur-ein-Flughafen-Initiative». Wir interpretieren sie als reines Störmanöver gegen den bereits bestens aufgelegten Prozess zur Zukunft des Innovationsparks und des Flugplatzes Dübendorf. Wir alle wissen es, dessen Zukunft wurde ja in der Spezialkommission verhandelt, und wir werden in Kürze Gelegenheit haben, dies auch hier beraten zu können. Ja, die Regierung hat im Synthesebericht umfassend dargelegt, wie Sie sich die Zukunft des Standortes vorstellt. Dabei wurden den verschiedensten Anliegen – und das ist uns eben wichtig – Rechnung getragen. Für die FDP ist es klar: Dazu gehört auch die Luftfahrt, so wie es das die Regierung im Synthesebericht festhält. Dieses Anliegen wie auch der ganze Prozess um die Entwicklung des Areals am Standort Dübendorf darf nun nicht durch eine weit gefasste und damit letztlich mit einem grossen Interpretationsspielraum und viel Unsicherheit behaftete Einzelinitiative, welche doch letztlich einfach jeglicher Form von Aviatik den Garaus machen möchte, torpediert werden. Und ich muss es auch nochmals sagen, ich bin ebenso konsterniert wie mein Vorredner Christian Lucek: Wir haben in der Kommission darüber beraten, wir hatten einen einstimmigen Beschluss. Nun ist plötzlich alles wieder anders. Die FDP bleibt dabei, wir lehnen weiterhin ab.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Besten Dank der Regierung für die diversen Erläuterungen und die Beantwortung der Fragen zu dieser Einzelinitiative. In dieser Einzelinitiative geht es offensichtlich um dem Flughafen Dübendorf. Die Zukunft des Flughafens wurde bereits, wie wir gehört haben, in der Spezialkommission behandelt. Somit ist das Anliegen dieser EI überholt. Zudem ist das genaue Anliegen, der genaue Wunsch der Initiative weder aus dem Initiativtext noch aus den Ausführungen anlässlich der Anhörung in der KEVU klar geworden. Das dachte ich oder das dachten die meisten, bis nun heute die Grünen kommen und das Ganze über den Kopf werfen. Ich verstehe die Grünen nicht, denn wir hätten die Gelegenheit gehabt, in der KEVU darüber zu sprechen. Trotz schriftlicher Bekanntgabe der Einstimmigkeit dieser Abschreibung und auch der klaren Aussage der Grünen Partei in der KEVU kommt sie jetzt und unterstützt die Initiative. Die Mitte-Fraktion lehnt diese Einzelinitiative ab.

Urs Dietschi (Grüne, Lindau): Sie dürfen sich weiter aufregen über die Grünen. Ob sich diese Einzelinitiative nur gegen den Flugplatz Dübendorf wendet, ist reine Spekulation. Auf dem Flugplatz Hausen im Säuliamt gab es zum Beispiel fragwürdige Taxi-Flüge, auch Glencore-Jets (*Schweizer Rohstoffhandelskonzern*) landen und starten dort. Dass Business-Jets auf jedem Flugplatz mit entsprechender Piste verkehren, kann und darf nicht sein. Wir haben den Flughafen in Kloten. Dort soll diese fragwürdige und exklusive Fliegerei stattfinden, sofern entsprechend Platz und Slots vorhanden sind. Andernfalls können und sollen diese so wichtigen Personen einen Linienflug mitbenutzen. Die Belehrung im regierungsrätlichen Schreiben 5774 zum Bundeseinfluss bezüglich fliegerischer Infrastruktur geht in die falsche Richtung. In Dübendorf will das VBS (*Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport*), der Bund, nur den Heliport weiterbetreiben. Mit der Verquickung Fliegerei–Innovationspark vergibt der Regierungsrat sehr zur Freude oder unter dem Druck der Fluglobby die einmalige Chance, eine vom Fluglärm stark belastete Region von zusätzlichem Fluglärm zu entlasten. Am kommenden Montag – wir haben es gehört – werden wir dieses unselige Anliegen behandeln. Klimaschutz, belärmte Bevölkerung müssen immer hinter den Interessen der klimaschädlichen und gehätschelten Fliegerei anstehen. Das Anliegen ist nicht erledigt, wie es der Regierungsrat proklamiert. Diese EI ist sicherlich verbesserungswürdig, aber das Problem der überbordenden Fliegerei mit der ebenfalls erwähnten zivil-aviatischen Nutzung betrifft den ganzen Kanton. Wie man dazukommt, diese Bevorzugung ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Es ist schon seltsam, was hier jetzt abgeht. Ich denke, Urs Dietschi, Mitglied der Grünen, ist auch KEVU-Mitglied, und dann frage ich mich, wo er war oder wo die Grünen waren, die da einstimmig dabei waren. Was mich aber mehr interessiert, ist: Man hat sich noch nicht zu Wort gemeldet von der GLP und von der AL. Ursprünglich unterstützten diese die EI vorläufig aus dem Grund der pandemiebedingt nicht zustande gekommenen Volksinitiative zusammen mit der SP. Wir wissen jetzt, wo die SP steht, wir wissen aber nicht, was hier drin mit den anderen passiert, die in der KEVU einstimmig abgestimmt haben. Und zum Bashing des Flughafens möchte ich einfach sagen: Es ist nicht nur irgendwie schädlich und bringt Lärmbelastungen und, und, und, sondern es sind auch Arbeitsplätze. Es ist eine Anbindung an die Welt, eine nötige Anbindung des Wirtschaftsstandorts Zürich. Und Sie dürfen die Vorteile des internationalen, interkontinentalen Hubs Zürich nicht ausblenden und Sie dürfen auch nicht anfangen, Business-Jets nach Belieben im Kanton herumzuschicken. Es ist so, dass diese EI nicht praktikabel ist, sie ist abzulehnen. Wenn die Grünen jetzt Wahlkampf betreiben, dann ist es gut, die anderen sollen dazu Stellung beziehen, damit man weiss, wo sie für das kommende Jahr stehen.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Die Einzelinitiative möchte verhindern, dass es im Kanton Zürich neben dem Flughafen Zürich einen weiteren Flughafen mit gewerbsmässigem Verkehr mit Düsenflugzeugen gibt. Das soll dem Schutz

von Mensch und Umwelt dienen. Die Einzelinitiative würde dem Kanton Zürich und den Zürcher Gemeinden die Anweisung erteilen, in sämtlichen luftfahrtrechtlichen Verfahren des Bundes betreffend einen weiteren Flughafen auf Kantonsgebiet mit Düsenflugzeugen eine ablehnende Haltung einzunehmen, und dies wäre grundsätzlich nicht vereinbar mit dem Sachplan Infrastruktur Luft. Aber was entscheidend ist: Es wären eine einzelfallgerechte Würdigung eines konkreten Projekts sowie eine Berücksichtigung und eben Abwägung weiterer schutzwürdiger Interessen dadurch per se ausgeschlossen. Aber eine umfassende Interessenabwägung, die auch die Berücksichtigung von Interessen des Verkehrs, der Volkswirtschaft, wie es gesagt wurde, der Entwicklung und Forschung erlauben würde, wäre nicht mehr möglich. Es gäbe keine Interessenabwägung mehr und deshalb ist diese Vorschrift und diese Einzelinitiative eben sehr einseitig, sie ist nicht sachgerecht und sie ist auch nicht verhältnismässig. Mir ist auch klar, dass die Einzelinitiative den Weiterbetrieb des Flugplatzes Dübendorf verhindern will. Diese Diskussion werden wir in einer Woche führen. Ich freue mich auf diese Diskussion und werde sie heute nicht vorwegnehmen. Aber diese Einzelinitiative ist unverhältnismässig, nicht sachgerecht und entspricht auch nicht den luftfahrtpolitischen Grundsätzen des Bundes. Und deshalb beantragt Ihnen die Regierung, sie abzulehnen. Vielen Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die Kommission hat den Antrag auf Ablehnung der Einzelinitiative gestellt. Dies ist bekanntlich einem Antrag auf Nichteintreten gleichzustellen. Wir stimmen ab.

Abstimmung über Ziffer I

Der Kantonsrat beschliesst mit 142 : 19 Stimmen (bei 1 Enthaltung), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und die Einzelinitiative 87/2020 abzulehnen.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.